

Vortrag an den Ministerrat

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Kommunikationsplattformen-Gesetz erlassen und das KommAustria-Gesetz geändert wird

Angesichts der besorgniserregenden Entwicklung, dass das Internet und die Sozialen Medien – neben den Vorteilen, die diese neuen Technologien und Kommunikationskanäle mit sich brachten – auch eine neue Form der Gewalt etabliert hat und Hass im Netz in Form von Beleidigungen über Bloßstellungen, Falschinformationen, bis hin zu Gewalt- und Morddrohungen zunimmt, hat das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst beiliegenden Entwurf erarbeitet, der im Detail auf Folgendes abzielt:

- Einrichtung eines effektiven und transparenten Meldeverfahrens für den Umgang mit strafrechtswidrigen Inhalten;
- leicht und ständig erreichbare Meldemöglichkeit für Nutzer auf der Plattform;
- Prüfungspflicht bei konkreten Meldungen und gegebenenfalls unverzügliche Löschung von bestimmten strafrechtswidrigen Inhalten, abgestuft nach dem Grad der Erkennbarkeit;
- Informationspflichten des Plattformbetreibers gegenüber den Nutzern;
- Bereitstellung einer Überprüfungsmöglichkeit bei Beschwerden wegen angeblich ungerechtfertigter oder mangelnder Löschung;
- Pflicht zur Bestellung eines verantwortlichen Beauftragten und eines Zustellbevollmächtigten;
- Berichtspflicht der Plattformen über ihren Umgang mit Meldungen über strafrechtswidrige Inhalte; sowie
- angemessene Sanktionierung bei Gesetzesverstößen.

Dieser Entwurf war Gegenstand eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens, dessen Frist am 15. Oktober 2020 endete.

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst hat auf der Grundlage der eingelangten Stellungnahmen den Ministerialentwurf überarbeitet und den vorliegenden Entwurf erstellt.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den angeschlossenen Gesetzesentwurf samt Vorblatt und Wirkungsorientierter Folgenabschätzung, Erläuterungen und Textgegenüberstellung dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung als Regierungsvorlage zuleiten.

18. November 2020

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin